GEGEN die schleichende

MILITARISIERUNG

der Außenpolitik

Wir sind gegen den 'humanitären' Einsatz in Somalia.

Ja, wir sind gegen den 'humanitären' Einsatz der Bundeswehr in Somalia. Denn alles, was dort an humanitärer Hilfe erforderlich ist, kann viel besser von spezialisierten Hilfsdiensten geleistet werden, gegebenenfalls geschützt von Polizei-Einheiten. Die Bundeswehr wird dazu nicht gebraucht. Die Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Bundesregierung und der UNO machen es deutlich: Die von der UNO gewünschte Hilfe wurde von Bonn zurückgewiesen und statt dessen ein Projekt mit Militärkomponente gefordert. Nicht Humanität, sondern die Demonstation militärischen Einsatzes im Ausland ist das Regierungsmotiv, Soldaten nach Somalia zu schicken.

Über den Somalia-Einsatz soll das Grundgesetz ausgehebelt werden

"Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt", lautet Artikel 87 a Abs. 2 Grundgesetz. Das war für alle Bundesregierungen die Leitlinie bis zum Golfkrieg. Jetzt soll dieses Selbstverständnis nicht mehr gelten. Die NATO wird vertragswidrig zu einer Eingreiftruppe für weltweite Interventionen umgestaltet. Längst denken die Verantwortlichen laut darüber nach, daß auch die EG-Militärorganisation WEU solche Funktionen übernehmen könnte. Mit dem Somalia-Projekt sollen Bürgerinnen und Bürger an den Kampfeinsatz der Bundeswehr in aller Welt gewöhnt werden. Es geht also in Wirklichkeit um die Einleitung deutscher Beteiligung an Weltpolizei-Aktionen. Generalinspekteur Naumann erwartet für das kommende Jahrzehnt allein für Osteuropa und Nordasien an die 70 Kriege, in die unter Umständen militärisch einzugreifen sei (laut FAZ vom 11. Nov. 1992). Man stelle sich vor, NATO mit Bundeswehr würden im Bereich der ehemaligen Sowjetunion militärisch intervenieren, um schießend Frieden zu erzwingen - eine Schreckensvision!

Die Bundeswehr marschiert zielstrebig in die großen 'Polizeikriege' von morgen

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts beherrscht die Gruppe der sieben reichsten Staaten (G7) weitgehend den Sicherheitsrat der UN. Wie beim Golfkrieg können sie die Vereinten Nationen für ihre Ziele instrumentalisieren. Einsätze im Auftrag der UN bedeuten deshalb in Wirklichkeit: die G7 setzen unter dem Deckmantel der vereinten Nationen militärische Mittel nach ihrem Interesse ein. Solange die UN nicht grundsätzlich reformiert wird (Abschaffung des Veto-Rechts der Großmächte, Stärkung der Vollversammlung und vieles andere mehr) - das steht aber nicht in Aussicht -, ist es auch kein grundsätzlicher politischer Unterschied, ob die G7-Weltpolizei-Wüstenstürmer nur im UN-Auftrag oder unter UNO-Kommando antreten.

Blauhelme brauchen keine Bundeswehr-Kontingente

Die gegenwärtige Tendenz, die Blauhelm-Rolle in Richtung militärischer Kampfeinsätze zu verwischen, bedeutet Militarisierung und Eskalationsgefahr. Um die de-eskalierenden und vermittelnden UNO-Blauhelme vor ihrer Umfunktionierung zu G7-Weltpolizisten zu bewahren, könnte ein internationales Blauhelmkorps mit speziellen Ausbildungen und Fähigkeiten aus Freiwilligen vieler Länder, nur zur Selbstverteidigung leicht bewaffnet, geschaffen werden. Für solche echten, ihrer Rolle treuen Blauhelme würden Großmacht-Kontingente, z.B. von der Bundeswehr, nicht benötigt.

Eine kleine radikale Minderheit?

Umfragen belegen: Bis zu 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik sind gegen Kampfeinsätze. Die Regierungsparteien, die sich selbst als demokratisch anpreisen, interessiert das nicht. Während die Öffentlichkeit das italienische Referendum feiert, wird uns eine Abstimmung über die wichtige Frage verweigert: Soll Deutschland wieder eine global agierende Militärmacht werden? Die Beschränkung deutschen Militärs auf Verteidigung - eine der wichtigsten Schlußfolgerungen aus zwei Weltkriegen - soll aufgegeben werden, ohne auch nur den Anschein demokratischen Vorgehens zu wahren.

Internationale Verantwortung ist etwas anderes

Das vereinigte Deutschland müsse nun internationale Verantwortung mittragen, lautet die offizielle Parole. Gemeint ist die Beteiligung an Militärinterventionen in anderen Ländern. Internationale Verantwortung aber heißt in unserer Zeit etwas ganz anderes:

- Heißt, Versöhnung und Zusammenarbeit zu fördern und deshalb Aufrüstung, Umrüstung und Rüstungsexport zu beenden.
- Heißt, wann immer Konflikte zu eskalieren drohen, alles zu tun, was zu nicht-militärischen Lösungen führt.
- Heißt, Armut und soziale Not in und zwischen den Gesellschaften zu überwinden.
- Heißt, den sich anbahnenden ökologischen Katastrophen koordiniert und in großen Anstrengungen entgegenzutreten.

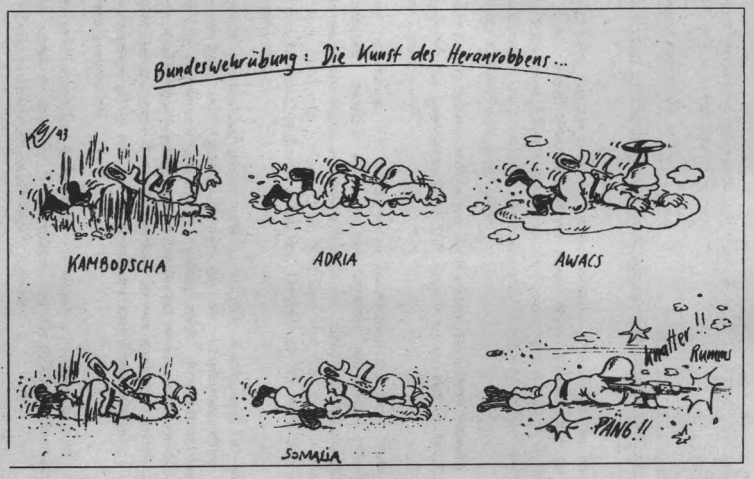
All dies kann Militär und militärische Intervention nicht leisten. Vielmehr ist beides oft genug die Ursache für Konflikte, Zerstörungen, Armut und drohende Katastrophen.

Die moderne Auflage der verhängnisvollen Konzeption des ''gerechten Krieges'', die uns mit ''friedensstiftenden'' und ''friedenerzwingenden Militärinterventionen'' aufgedrängt werden soll, trägt von vornherein das Zeichen der doppelten Moral. Hier wird Gerechtigkeit zur Selbstgerechtigkeit, das Friedensversprechen zur interessierten Täuschung. Die Lehre und Praxis vom ''gerechten Krieg'' - ob nationalistisch oder internationalistisch verbrämt - hat stets den Glauben befördert, erst kriegerisch ''verbrannte Erde'' ließe einen besseren Neuanfang zu. Darum müssen all unsere Anstrengungen dem Ziel gelten, zivile Formen der Vorbeugung und Bearbeitung von Konflikten zu entfalten: Das meint, die Verfahren, Normen, Instituionen, die Mittel und Aktivitäten, kurz die Baumaterialien zu schaffen, aus denen ein 'gemeinsames Haus' als Netzwerk die Regionen verbindend errichtet werden kann. Das ist eine Jahrhundertarbeit. Aber jetzt müssen die Weichen hierzu gestellt werden. Die Weichenstellung, die der Bundeswehreinsatz in Somalia signalisiert, führt dagegen nur erneut in die alten kriegerisch-zerstörerischen Sackgassen.

Gegen eine solche Politik, die Deutschland in die Rolle eines Weltpolizisten treibt, müssen wir uns wehren!

AStA der TH Darmstadt

(nach einem Flugblatt des Komitees für Grundrechte und Demokatie)



Veranstaltungs-Hinweis:

'Jugoslawien - Alternativen zum Krieg'

am **Montag, 24.5. um 20 Uhr** in der **Bessunger Knabenschule.**

Vortrag und Diskussion.

Der Referent Klaus Hecker berichtet über seine Beobachtungen als freiwilliger Helfer im ehemaligen Jugoslawien.

Veranstaltet vom Darmstädter Aktionsforum "Kein Krieg am Golf"